

Antrag



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 04.03.2024

Solidarität ist keine Einbahnstraße - Flüchtlinge zum Dienst an der Allgemeinheit verpflichtet!

Der Stadtrat möge beschließen:

In München untergebrachte Asylbewerber unterliegen künftig einer allgemeinen Arbeitspflicht. Die Aufwandsentschädigung pro geleistete Arbeitsstunde wird auf 80 Cent festgesetzt und darf insgesamt 64 Euro im Monat nicht übersteigen. Die Verweigerung der verpflichtenden Arbeitsleistung wird mit Abzügen von bis 180 Euro pro Monat geahndet. Die Auszahlung der finanziellen Aufwandsentschädigung an die Flüchtlinge hat über ein Bezahlkartensystem erfolgen.

Die Stadtverwaltung wird mit der der darüberhinausgehenden Konzeptionierung und zeitnahen Einführung der Arbeitspflicht beauftragt.

Begründung:

Im Saale-Orla-Kreis wurde jüngst eine Arbeitspflicht für Asylbewerber eingeführt. Wer dagegen verstößt, muss mit finanziellen Einbußen rechnen.

Künftig haben sogenannte Flüchtlinge in besagtem thüringischem Landkreis täglich vier Stunden zu arbeiten. Es handelt sich dabei um Dienste an der Allgemeinheit, wie etwa das Reinigen von Straßen, der eigenen Asylunterkünfte, das Räumen von Schnee und vergleichbare Tätigkeiten. Für ihre Leistungen werden sie mit 80 Cent die Stunde, insgesamt 64 Euro extra im Monat, entschädigt, die auf eine Bezahlkarte geladen werden. Wer sich hingegen nicht an die Arbeitspflicht hält, dessen Ansprüche werden um bis zu 180 Euro gekürzt.

Die Auszahlung der Aufwandsentschädigung nur auf eine Bezahlkarte ist wichtig, um keine weiteren Anreize zur Wirtschaftsmigration unter dem Deckmantel des Asylsystems zu ermöglichen. Die Finanzierung von Angehörigen in der Heimat der Migranten ist nicht Zweck der Arbeitspflicht. Vielmehr stellt die Arbeitspflicht eine Gelegenheit für die tatsächlichen oder vermeintlichen Flüchtlinge dar, der Gesellschaft, die ihren Aufenthalt in diesem Land finanziert, mit ihrer Hände Arbeit zumindest einen kleinen Beitrag zurückzugeben.

Die damit verbundene Einführung einer Bezahlkarte bietet der Stadt München darüber hinaus einen weiteren Vorteil. So kann sie bereits eigene Erfahrungen mit einem entsprechenden Auszahlungssystem gewinnen, bevor es zur bundesweit mittlerweile beschlossenen, flächendeckenden Implementierung eines Bezahlkartensystems für Asylbewerber kommt.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat